swiss votes

Abstimmung vom 13.2.2022

Kein Rettungsring für die Medien: Unterstützungspaket erleidet an der Urne Schiffbruch

Abgelehnt: Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien

Mathias Buchwalder

Empfohlene Zitierweise: Buchwalder, Mathias (2022): Kein Rettungsring für die Medien: Unterstützungspaket erleidet an der Urne Schiffbruch. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen.* Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Seit mehreren Jahren erlebt der Mediensektor einen stetigen Rückgang von Werbeeinnahmen und Abonnementsabschlüssen. Als Folge sind seit 2003 mehr als 70 Zeitungen im Land verschwunden. Um diesen Schwierigkeiten entgegenzuwirken, legt der Bundesrat im April 2020 eine dreiteilige Vorlage zur Unterstützung der Medien vor. Das Hauptziel des Pakets ist es, das Überleben der lokalen Medien zu sichern. Laut Bundesrat sind diese entscheidend dafür, dass die Bevölkerung über die Geschehnisse im ganzen Land informiert ist.

Das Paket zur Unterstützung der Medien durchläuft die Parlamentsberatung während der Covid-19-Pandemie, welche die essentielle Rolle der Medien bei der Bereitstellung von Informationen deutlich gemacht hat. Vor diesem Hintergrund erhöhen die Abgeordneten die ursprünglich geplante Unterstützung. Im Vergleich zur bisherigen Situation werden jährlich 151 Millionen Franken an zusätzlicher Hilfe vorgesehen. Während sich die Linke in jeder Phase hinter das Projekt stellt, zeigen sich die Abgeordneten der Mitte, der GLP und der FDP unentschlossener und schwanken im Laufe der Beratungen zwischen den beiden Lagern hin und her. Besonders bei der direkten Förderung von Online-Medien sind sie gespalten. Die Linke möchte diese erhöhen, während die SVP sie ganz aus den geplanten Massnahmen streichen möchte. Generell unterstützt die SVP die Vorschläge zur Unterstützung der Medienbranche zu keinem Zeitpunkt. Schliesslich, nach langen Debatten und zahlreichen Änderungen, wird die Vorlage im Juni 2021 nach einer Einigungskonferenz der beiden Räte verabschiedet. Der Nationalrat nimmt ihn mit 115 zu 76 Stimmen (6 Enthaltungen) an, der Ständerat mit 28 zu 10 Stimmen (6 Enthaltungen). In der Schlussabstimmung schliesst sich eine ablehnende Minderheit aus dem Mitte-Rechts-Lager den SVP-Parlamentarier:innen an.

Ein Komitee aus Verleger:innen und Parlamentarier:innen der SVP, FDP und der Mitte, vor allem aus der Deutschschweiz, ergreift daraufhin das Referendum. Das Komitee wird von den «Freunden der Verfassung» unterstützt, die für ihre Opposition gegen die Gesundheitsmassnahmen während der Covid-19-Pandemie bekannt sind.

GEGENSTAND

Der erste Teil des Pakets sieht einen Ausbau der Vergünstigung der Zustellungskosten von Zeitungen vor: Die Unterstützung für den Vertrieb von Abonnementzeitungen soll von 30 Millionen auf 50 Millionen Franken erhöht und auch auf Zeitungen mit höherer Auflage ausgeweitet werden. Für die Sonntagszustellung von Abonnementzeitungen wird eine Subvention in der Höhe von 40 Millionen Franken eingeführt. Des Weiteren werden 30 Millionen Franken für die Zustellung von Vereins- und Verbandszeitschriften bereitgestellt, 10 Millionen mehr als bisher. Ausserdem kommen 109 Millionen Franken den konzessionierten Lokalradios und Regionalfernsehsendern zugute (28 Millionen mehr als bisher).

Im zweiten Teil des Pakets werden 28 Millionen Franken für Nachrichtenagenturen, Ausbildung, Selbstregulierungsorganisationen und digitale Projekte bereitgestellt (bisher 5 Millionen).

Der dritte Teil schliesslich sieht 30 Millionen Franken Unterstützung für Online-Medien vor. Diese richtet sich nur an Medien, die teilweise durch die Leserschaft finanziert werden, und nicht an kostenlose Angebote.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Der Widerstand gegen das Medienpaket kommt vor allem aus rechten Kreisen der Deutschschweiz. Das Referendumskomitee führt zwei Hauptargumente an. Zum einen beschwört es das Gespenst staatlich kontrollierter Medien herauf, wenn diese von staatlicher Unterstützung abhängig wären. Wasser auf die Mühlen der Gegner:innen ist in diesem Zusammenhang die Veröffentlichung eines Videos, in dem der CEO des Medienkonzerns Ringier erklärt, dass er die Regierung während der Covid-19-Krise unterstützen wolle. Zweitens steht das Nein-Lager auch der Entscheidung, die Subventionen auf auflagenstarke Zeitungen auszuweiten, kritisch gegenüber. Grosse Medienkonzerne wie CH Media, Ringier und TX Group, die mehrere Titel besitzen, brauchten keine zusätzliche Unterstützung, so die Gegner:innen des Pakets, deren Slogan «Nein zu Steuermilliarden für Medienmillionäre» lautet.

Gegen dieses Argument verteidigen die Befürworter:innen das Paket, denn für lokale und unabhängige Medien sei die Unterstützung notwendig. Sie heben hervor, dass die Medienvielfalt eine Voraussetzung für das Funktionieren der Demokratie sei. Ausserdem betont der Bundesrat, dass die Unterstützung degressiv gestaltet ist, so dass kleine und mittelgrosse Medien am meisten profitieren und nicht die auflagenstärksten Zeitungen. Das Medienpaket wird von den linken und den Mitteparteien unterstützt, d.h. von der SP, den Grünen, den Grünliberalen und der Mitte (mit einem gemeinsamen Wählendenanteil von 55%). Die FDP und die SVP hingegen sprechen sich gegen die Vorlage aus, ebenso wie economiesuisse und der SGV. Während die Gewerkschaften die Vorlage unterstützen, sind die Medienverbände gespalten. So sind beispielsweise die wichtigsten Verbände der Presseverleger:innen («Médias Suisses», «Schweizer Medien» und «Stampa Svizzera») für das Paket, während der Verband Schweizer Regionalmedien dagegen ist. Letzterer vertritt die Gratiszeitungen, die nicht zu den Empfängerinnen der vorgesehenen Subventionen gehören. Schliesslich sprechen sich auch die Regierungen der Kantone Freiburg, Graubünden, Tessin, Neuenburg und Jura für die Vorlage aus. Für die Regionen der sprachlichen Minderheiten sei die Unterstützung der Medien besonders wichtig, argumentieren die Befürworter:innen der Vorlage im Abstimmungskampf.

Die Inserateanalyse von APS (Heidelberger/Bühlmann 2022) zeichnet das Bild einer langen Kampagne, die hauptsächlich von den Anzeigen des Ja-Lagers dominiert wird. Wenig überraschend dürften die Gegner:innen für ihre Kampagne wahrscheinlich auf andere Kanäle als Zeitungsinserate

gesetzt haben. Darüber hinaus zeigt die Medienanalyse des fög (2022), dass die Medien öfter über Argumente der Ja-Seite berichtet haben (in der Romandie stärker als in der Deutschschweiz), das Verhältnis bewegt sich jedoch im für Behördenvorlagen üblichen Rahmen. Die Anzahl der Artikel, die dem Paket in der Presse gewidmet sind, liegt ebenfalls im Durchschnitt. Obwohl sie direkt betroffen sind, behandeln die Medien das Paket also nicht anders als andere Abstimmungsvorlagen.

ERGEBNIS

Am 13. Februar 2022 wird das Medienpaket mit 54,6 Prozent der Stimmen abgelehnt. Die Stimmbeteiligung liegt bei 44,1 Prozent. Generell lehnen fast alle deutschsprachigen Kantone die Vorlage ab, ebenso wie das Tessin und der rätoromanische Teil Graubündens. Besonders ausgeprägt ist die Ablehnung in den Kantonen Schwyz, Thurgau, St. Gallen und den beiden Appenzell (weniger als 40 Prozent Ja-Stimmen). Umgekehrt spricht sich die französischsprachige Schweiz für das Massnahmenpaket aus. Die stärkste Unterstützung findet sich in den Kantonen Jura und Neuenburg, die das Paket mit über 63 Prozent annehmen.

Die VOX-Analyse (gfs.bern 2022) zeigt, dass die Argumente zur Verteilung der Subventionen, zum Verlust der Unabhängigkeit der Medien vom Staat sowie zum guten Funktionierens des Marktes ohne staatliche Eingriffe besonders wirksam waren. Wenig überraschend sind es die konservativen und den Wirtschaftsliberalismus befürwortenden Kreise, die sich am stärksten gegen die Vorlage ausgesprochen haben.

QUELLEN

Buchwalder, Mathias, Marlène Gerber und Christian Gsteiger (2023). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Massnahmenpaket zur Förderung der Medien (BRG 20.038), 2020–2022*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 17.1.2023.

fög (2022). *Abstimmungsmonitor zu den Vorlagen vom 13. Februar 2022, Schlussbericht vom 11. Februar 2022*. Zürich: Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich.

gfs.bern (2022). *VOX-Analyse Februar 2022. Nachbefragung und Analyse zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 13. Februar 2022*. Bern: gfs.bern.

Heidelberger, Anja, und Marc Bühlmann (2022). *APS-Zeitungs- und Inserateanalyse zu den Abstimmungen vom 13. Februar 2022. Zwischenstand vom 3.2.2022*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 13.2.2022 (Abstimmungsbüchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 20.038).

Bundesblatt: BBl 2020 4485. BBl 2021 2795. BBl 2022 895.